



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
DER PARTEIVORSTAND

SPD-Parteivorstand, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

WPS 571
Fachverband für integrative Lerntherapie e.V. – FIL

Berlin, 10. September 2017

Frage 1:

Wie sollen Kinder und Jugendliche mit Lernstörungen (Lese-, Rechtschreib- und/oder Rechenstörung) sowie deren Familien besser unterstützt und gefördert werden?

Frage 2:

Wie kann auch für Kinder und Jugendliche mit Lernstörungen eine Chancengleichheit im Bildungssystem erreicht werden (z.B. durch Lerntherapie in der Schule)?

gemeinsame Antwort Fragen 1 und 2:

Nicht nur für Kinder und Jugendliche mit Lernstörung, aber insbesondere für sie, ist eine individuelle Förderung im Sinne echter Chancengleichheit von entscheidender Bedeutung. Dafür brauchen Eltern, Kinder, Jugendliche und Lehrkräfte Zeit. Wir wollen ihnen den Druck nehmen und mehr Zeit und Raum für gute Bildung, soziales Miteinander aber auch eine aktive Freizeit geben. Gute Ganztagschulen sind der Ort, an denen dies in besonderer Weise gelingt. Deshalb werden wir gemeinsam mit den Ländern den flächendeckenden Ausbau guter Ganztagschulen vorantreiben. Unser Ziel: ein Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung. In einem ersten Schritt werden wir das in den nächsten vier Jahren für Grundschulen durchsetzen. Dafür brauchen wir mindestens eine Million zusätzlicher Ganztagsplätze. Gute Ganztagschulen brauchen engagierte und hochqualifizierte Lehrkräfte und anderes pädagogisches Fachpersonal.

Die Vielfalt in unseren Schulklassen wächst. Sowohl in der Vorbildung als auch in den sozialen und kulturellen Voraussetzungen werden die Unterschiede immer größer. Wir brauchen zusätzliches Fachpersonal und multiprofessionelle Teams, durch die Schülerinnen und Schülern noch individueller gefördert und Eltern noch umfassender unterstützt werden können. Sie helfen auch die inklusive Bildung besser umzusetzen. Wir wollen als Angebot des Bundes den Ausbau der schulischen Sozial- und Jugendarbeit zunächst an Brennpunktschulen, später flächendeckend vereinbaren. Dies unterstützt die Eltern und gibt den Lehrerinnen und Lehrern wieder mehr Zeit, sich auf einen guten Unterricht zu konzentrieren. Es war ein Fehler der Schwarz-Gelben Regierung, die Bundesförderung 2013 ersatzlos auslaufen zu lassen.

Bildung ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen! Deshalb wollen wir in einer „Nationalen Bildungsallianz“ alle Kräfte bündeln. Das Festhalten am Kooperationsverbot im Grundgesetz, das dem Bund Investitionen in Schulen verbietet, bremst das deutsche Schulwesen aus. Wir stehen bereit, es vollständig abzuschaffen und eine neue Gemeinschaftsaufgabe Bildung im Grundgesetz einzuführen. Damit schaffen wir einen neuen Bildungsföderalismus, der auf Kooperation statt auf Kleinstaaterei setzt. Und wir sind bereit zu investieren, denn gute Bildung kostet Geld. Im Rahmen der Nationalen Bildungsallianz wird der Bund 12 Mrd. € bereitstellen und auch die Länder stellen sicher, dass sie ihre Anstrengungen weiter verstärken.

SPD-Parteivorstand
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstr. 141
10963 Berlin

Fon 030 25991-500
Fax 030 25991-410
parteiivorstand@spd.de
www.spd.de

Berliner Sparkasse
IBAN: DE77 1005 0000 0190 5555 56
BIC: BELADEB3333

 facebook.com/SPD
 youtube.com/SPDvision
 twitter.com/SPDde

7,5 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter gelten als funktionale Analphabeten. Aufgrund ihrer mangelhaften Grundbildungskompetenzen ist ihnen gesellschaftliche Teilhabe erschwert. Auch haben sie Schwierigkeiten, einen stabilen Platz in der Arbeitswelt zu finden. Es muss gelingen, die nicht erwerbstätigen und von Arbeitslosigkeit bedrohten funktionalen Analphabeten dauerhaft in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Wir setzen uns im Rahmen der Dekade für Alphabetisierung dafür ein, das niederschwellige Angebot an Alphabetisierungskursen weiter in die Fläche zu bringen. Von Bundesseite wollen wir das Förderprogramm zur arbeitsplatzorientierten Grundbildung ausbauen und ein Förderprogramm für familienorientierte Grundbildung endlich etablieren. Wir wollen prüfen, ob Prämien einen sinnvollen Anreiz zum Grundbildungserwerb bieten können. Gleichzeitig müssen Konzepte für Grundbildung auch im Bereich der beruflichen Bildung und Jugendbildung weiterentwickelt werden.